

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 6

Artikel: Lustlose Revolution
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092959>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgai zur Vorwahlstimmung in Ungarn

Lustlose Revolution

Am 25. März finden in Ungarn die ersten freien Parlamentswahlen seit 1947 statt. Beglückte Aufbruchstimmung? Keine Spur. Unser Korrespondent schildert seine neuen Eindrücke aus der alten Heimat.

Nach mehr als vier Jahrzehnten der Diktatur kamen Freiheit und Demokratie über Nacht, gewährt von oben. Wiederherstellung der Menschenrechte, Zulassung von politischen Parteien, unbeschränkte Reisemöglichkeiten, Abbau der Grenzsperrn zum Westen, Auflösung der kommunistischen Staatspartei: Die Ereignisse überstiegen einander. Auch die Reprivatisierung der Wirtschaft setzte ein. Und jetzt stehen freie Wahlen vor der Tür.

In unglaublich kurzer Zeit ging ein Traum in Erfüllung, und was die ungarischen Freiheitskämpfer 1956 auf ihre Fahnen geschrieben hatten, wird heute durchwegs übertroffen.

Und doch: Die Ungarn, diese eigentlichen Vorreiter der friedlichen Revolution in Osteuropa, sind schlecht gelaunt, lustlos und skeptisch geworden inmitten der grossen Umwälzungen. Man stösst überall auf nervöse, unkonzentrierte und abgespannte Menschen. Nicht einmal bei den neuen bürgerlichen Parteien ändert sich das Bild. Sie sind im Aufbruch, aber nicht in Aufbruchstimmung.

Freiheit ohne Wohlstand

Die verbreitete Apathie hat mehrere Gründe. Aus ungefähr allen Schichten der Bevölkerung hört man die Klage, die Freiheit habe mehr Ärger als Freude gebracht.

Seit letztem Jahr drücken neue Einkommenssteuern die Bürger. Sie bedeuten schon für die niedrigsten Kategorien eine Lohnkürzung um 15 % und für die andern noch mehr. Dazu kamen Preiserhöhungen bis zu 30 %, unter anderem sogar für Grundnahrungsmittel. Das bringt existentielle Nöte. Von den zehn Millionen Ungarn leben zwei Millionen, vorwiegend Rentner, nach westlichen Begriffen unter der Armutsgrenze. Und inzwischen sind erst noch die Mieten stark erhöht worden.

Immer schneller wächst gleichzeitig die Arbeitslosigkeit. Massencharakter nimmt sie in der Schwerindustrie an, die jahrzehntelang mit sowjetischen Aufträgen ausgelastet gewesen war. Die Sowjetführung ist jetzt damit allen osteuropäischen Ländern gegenüber sehr zurückhaltend geworden; wirtschaftliche Erschütterungen in der ganzen Region sind die Folge.

Gerade während meines Besuches in Ungarn sahen sowohl die UdSSR als auch die DDR von weiteren Bestellungen der ungarischen Ikarus-Autobusse ab. Die Ungarn ihrerseits

stoppten den Import der ostdeutschen Trabis, dieser Luftverpestungsgeräte par excellence. Der Wirtschaftskrieg im RGW hat bereits begonnen und sorgt für noch mehr Arbeitslosigkeit.

In den Jahren der Diktatur hatte sich die ungarische Bevölkerung immer vorgestellt, Freiheit und Demokratie würden sozusagen automatisch auch mehr Geld bringen. Diese Illusion ist geplatzt.

Etwas anderes ist nicht neu entstanden, aber neu an den Tag gekommen: die früher verheimlichte Höhe der Auslandsschuld von 20 Milliarden Dollar. Das macht die Wirtschaft so bankrott, dass sie sich aus eigener Kraft nicht erholen kann.

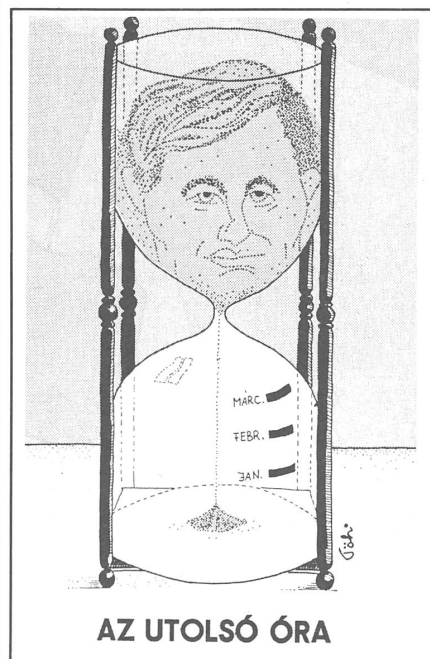
Die Regierung Nemeth sieht sich von der Weltbank gezwungen, das grosse Budgetdefizit zu verringern, um das Land kreditfähig zu machen. Für die Leute nimmt sich das so aus: Es wird auf unsere Kosten gespart. Die Reformkommunisten hatten versucht, der Missstimmung mit einer geschickten Dosierung von neuen politischen Freiheiten vorzubeugen, aber diese Rechnung ist nicht aufgegangen.

Existenzängste

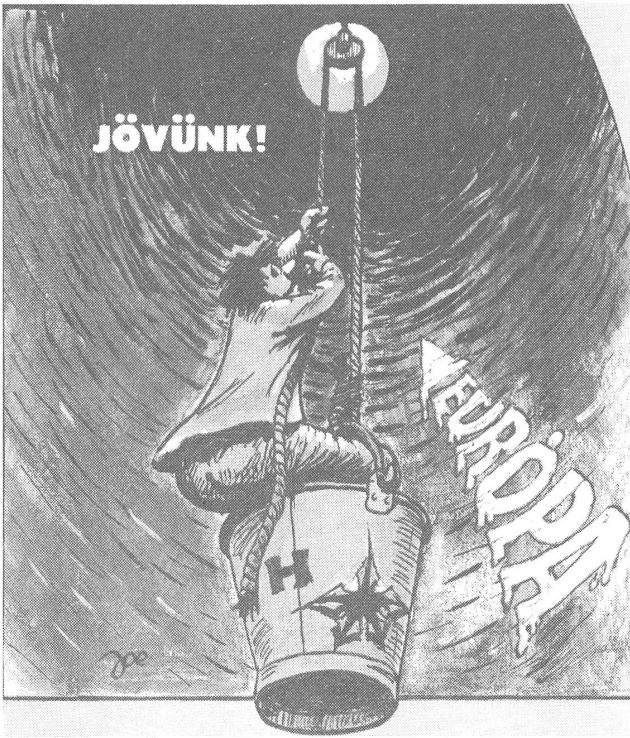
Schliesslich ist der anstehende Systemwechsel logischerweise mit entsprechenden Existenzängsten von vielen Leuten verbunden. Was bringt der Übergang von der bequemen Planwirtschaft zur unbequemen Planwirtschaft mir selber? Das ist eine Frage, die sich Ärzte so gut stellen können wie Chauffeure und so weiter. Niemand ist sich sicher, seinen Schreibtisch oder seinen Arbeitsplatz zu



Das Frühlingsreinemachen findet dieses Jahr am 25. März (Wahltag) statt. («Ludas Matyi», Budapest, 14. 3. 1990)



«Die letzte Stunde» für Ministerpräsident Miklos Nemeth. (LM; 14. 3. 1990)



Richtung Europa:
«Wir kommen!», LM,
14. 3. 1990)

behalten, wenn die Umgestaltung nach den Parlamentswahlen wirklich beginnt.

Die in 40 Jahren von den Sowjets aufgezogene falsche Industriestruktur muss drastisch verändert werden. Ferner wird man in den kommenden Jahren viele Betriebe reprivatisieren. In der Landwirtschaft bleiben vorerst die meisten Genossenschaften bestehen, aber selbst in diesem Rahmen wird man gründlich anders wirtschaften.

Die grösste Unruhe aber herrscht bei den Verwaltungskadern jeder Art und jeder Stufe. Die parteigerechten Anstellungskriterien zählen nichts mehr, und die Spreu wird unweigerlich vom Weizen gesiebt werden.

Die verbreitete Weltuntergangsstimmung zu dämpfen ist ein Anliegen auch der neuen Oppositionsparteien. Ein Vorstandsmitglied des Bundes der Freien Demokraten, der Wirtschaftswissenschaftler Marton Tardos (vielleicht der kommende Finanzminister), erklärt in einem Interview für «Zeitbild»:

«Sicher muss der Staatsapparat rationalisiert werden. Man braucht weniger Ministerien und weniger Bürokraten. Aber meine Partei ist nicht auf Abrechnung aus. Beim Verwaltungspersonal müssen wir lediglich Fachkenntnisse und Loyalität zur neuen Regierung voraussetzen. Hingegen werden wir niemanden bloss deshalb entlassen, weil er früher der KP angehörte oder immer noch Mitglied ihrer Nachfolgeorganisationen ist.»

Ähnlich äussern sich andere Oppositionssprecher. Das ändert freilich nichts daran,

dass für viele Funktionäre der Systemwechsel beruflich eine Fahrt ins Blaue ist.

Löhne, Renten und Preise

Falsch wäre nun die Annahme, dass alle diese summierten Nöte und Ängste sich im Bild der Städte und speziell der Hauptstadt widerspiegeln würden. Das Gegenteil trifft zu. Die Läden sind mit Lebensmitteln und Konsumgütern schon fast «westlich» gefüllt. Neuerdings sind schon Bananen und Orangen erhältlich; vor kurzer Zeit noch hätte man sie als Vorboten der Schlaraffenzeit gewertet. In Budapest ist nahezu alles zu haben.

Vorausgesetzt nur, man hat das nötige Geld. Und das fehlt in unterschiedlichem Ausmass schon den Leuten im erwerbstätigen Alter. Der Lohn liegt für Arbeiter und Angestellte zwischen 8000 und 16 000 Forint im Monat. Und im Vergleich dazu einige Preise: 1 kg Brot 16 bis 35 ft, 1 l Milch 20 ft, 1 kg Rindfleisch 160 bis 200 ft, ein Paar Schuhe 1200 bis 2000 ft, ein Anzug von der Stange 4000 bis 5000 ft. Da muss man sich schon schwer überlegen, was man sich kaufen kann und was nicht.

Aber aus den ärmlichen Verhältnissen wird das Elend, wenn man zu den Alten kommt. Die meisten Rentner erhalten monatlich nicht mehr als 5000 Forint, und ein Einzimmerlogis kostet sie mindestens 1000 Forint. Das Bild verdüstert sich noch zusätzlich, wenn man bedenkt, dass viele Rentner im Gegensatz zu andern Leuten nicht mehr in der Lage sind, daneben etwas zu verdienen.

Wirtschaftliches Zwittersystem

Die Regierung spricht seit anderthalb Jahren vom Übergang zur Marktwirtschaft. Sie weiss bloss nicht, woher die Kaufkraft kommen soll, um Markt und Produktion zu stimulieren. Die Marktwirtschaft braucht nämlich einheimische Kaufkraft, wenn sie funktionieren soll. Das hat man bis heute verdrängt.

Die sozialistische Wirtschaftsstruktur ist nahezu unverändert geblieben. Aber die leeren Auftragsbücher und die Sparpolitik haben den jetzt nötigen grösseren Bewegungsraum der Unternehmen so eingeengt, dass viele staatliche Firmen konkursreif geworden sind.

Was demgegenüber prosperiert, sind ein paar neue Handelsbanken. Die Ungarische Kreditbank in Budapest hat 1989 stolze 8,8 Milliarden Forint Gewinn erwirtschaftet, zwei Milliarden mehr als im Vorjahr. Ihr Generaldirektor Arpad Bartha zeigt sich vom Kontrast zwischen bankrotten Produktionsunternehmen und florierenden Banken unbeeindruckt. Das Handelsgut einer Bank sei nun einmal das Geld, und wenn es überall daran fehle, könne man es eben zu entsprechenden Bedingungen anbieten. Eine Bank, die laufend mehr Zinsen verlangt, als die Inflationsrate (zurzeit 20 %) beträgt, kann tatsächlich bis auf weiteres getrost in die Zukunft blicken. Wenn niemand mehr die Zinsen aufzubringen vermag, wird auch die sektorale Herrlichkeit der Geldinstitute aufhören. Aber das Problem der langfristigen Auswirkung überlassen sie getrost der Regierung.

Dort nun, in der Regierung, sitzen die Reformkommunisten. Genau zwischen Stuhl und Bank, weil sie dem einen System halb abgesagt, und dem andern System halb zugesagt haben. Ihre Unfähigkeit, mit der Alternative auch deren Konsequenzen zu bejahen, rächt sich jetzt politisch. Der Ungarischen Sozialistischen Partei, der Nachfolgerin der früheren kommunistischen USAP, sind die Mitglieder davongelaufen. 700 000 waren es vor der Umbenennung; jetzt sind es noch ein paar Zehntausend.

Der Wahllistenführer der Regierungspartei, Staatsminister Imre Pozsgay, populärer Repräsentant einer unpopulären Partei, macht keinen Hehl daraus, dass sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert hat. Allerdings bezeichnet er die Opposition als mitverantwortlich; diese desolidarisieren sich, sobald es um unbeliebte Sanierungsmassnahmen geht. Von der nationalen Übereinstimmung beim Aufbruch vom letzten Herbst sei nicht mehr viel übrig geblieben. Die Opposition tue so, als sei es die Regierung ganz allein, welche der Bevölkerung heute Opfer abverlange.

Der Wahrheit halber muss immerhin festgehalten werden, dass die Initiative zum Sparbudget tatsächlich von der Regierung und

Eine Bitte...

Wenn dieses Zeitbild Ihr Interesse gefunden hat, reichen Sie es doch bitte einem Bekannten weiter. Wir danken herzlich für diese Mithilfe bei der Abonnentenwerbung.

nicht von der Opposition kam. Und wie immer es um die Mitverantwortungsmängel der Opposition bestellt sein mag: Es ist die Regierung, welche von der Bevölkerung für die materiellen Mängel der Gegenwart verantwortlich gemacht wird.

Bis zu einem gewissen Grad scheint es ungerrecht: Die Regierungspartei wird von ihren Anhängern in dem Moment verlassen, in welchem sie mit vollem Recht auf ihre historische Leistung der politischen Reformen verweisen kann. Aber geschichtliche Abläufe werden selten von Dankbarkeit geprägt, und die demokratisch gewordene Partei wird von den Wählern am 25. März mit Sicherheit die Quittung für schlechtes Wirtschaften erhalten, politische Verdienste hin oder her.

Deutsch müsste man sein...

Mitschuldig sind auch die EG-Länder und die USA. Sie wollen Geld nur für die Modernisierung der Industrie geben, nicht

aber für die Schaffung einer Marktwirtschaft als solche. Dabei braucht gerade diese ein Startkapital. Dann lässt sich nämlich die Kaufkraft so erhöhen, dass der ganze Umwandlungsprozess angekurbelt wird.

Bonn hat das im Falle der DDR (und leider nur in diesem) durchaus erkannt. Es ist bereit, den DDR-Bürgern via Währungsunion und günstigem Geldumtausch viele Milliarden zu schenken – das Eintrittsgeld zum höheren Konsumniveau und damit zu einer funktionsfähigen Marktwirtschaft, die dann später allen Beteiligten zugute kommen kann. Eine löbliche Einsicht; schade, dass die nichtgermanischen Osteuropäer so wenig davon haben.

Selbstverständlich geht es uns nicht darum, die Ungarn von ihren eigenen Fehlern reinzuwaschen; es gibt sie zur Genüge. Die politisch lobenswerte Regierung hat wirtschaftlich sogar eine Chance verpasst, die greifbar geworden war. An sich fließt westliches Kapital schon recht ordentlich ins Land, angelockt vom Gesellschaftengesetz, das 1989 in Kraft getreten ist. Aber das Geld bringt zweifelhaften Nutzen, weil man die Anschlussgesetzgebung verpasst hat. Noch immer fehlt die gesetzliche Grundlage für die Eigentumsreform und für die Einschätzung von Staatsvermögen, das man reprivatisieren will. Einheimische Betonköpfe und ausländische Hyänen haben sich in den Lücken verbrüdet, zum Nachteil der Gesamtwirtschaft.

Die Leiter von Staatsunternehmen des alten Typs versuchen sich durch die bestehenden Gesetzeslücken in die Zukunft zu retten. Weil nämlich Betriebe mit ausländischer Beteiligung nicht zum Verkauf angeboten werden, locken sie die fremden Investitoren mit viel zu günstigen Bedingungen an. So können westliche Firmen jetzt noch billig zu

Geschäftsanteilen (mitsamt Eigentumsrechten) an ungarischen Unternehmen kommen. Kein Wunder, dass man von einem «Ausverkauf» spricht und die Regierung für die fragwürdigen Joint-venture-Geschäfte verantwortlich macht.

Mit der eskalierenden Anlockungspraxis hat man das Interesse westlicher Firmen so geschürt, dass sich alle auch Geschäftsräume in der Budapester Innenstadt zutun, mit dem Resultat, dass dort die Immobilienpreise auf das Rekordniveau von Hongkong geschneit sind.

Die Parteien

Die grösste Geschäftigkeit herrscht allerdings zurzeit in den Büros der politischen Parteien.

Von den 52 zugelassenen Parteien haben 12 die Voraussetzungen zur Teilnahme an den Wahlen erfüllt, und laut Umfragen haben 3 von ihnen, alle der Opposition zugehörig, die Chance auf den Wahlsieg.

Eindeutiger Favorit ist das Ungarische Demokratische Forum. Diese liberalkonservative Partei hat seit ihrem Bestehen alle Nachwahlen der vorhergehenden Periode gewonnen und kommt auf einen geschätzten Stimmenanteil von 30 %.

Je 20 bis 25 % können die wiedererstandene Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte und der Bund der Freien Demokraten beanspruchen. Die Kleinlandwirte wollen den Bauern den Boden zurückgeben, und die Freien Demokraten, ursprünglich ein Sammelbecken der kritischen Intellektuellen, haben sich erfolgreich zu einer relativen Massenpartei gewandelt.

Demgegenüber schätzt man den Anteil der regierenden Ungarischen Sozialistischen Partei auf bloss 10 bis 12 %. Wie gesagt, lastet man die gegenwärtigen materiellen Nöte dieser Partei am meisten an, und überdies mag es sein, dass sich die führenden Reformkommunisten wie Imre Pozsgay zu sehr als Individuen profiliert haben, auf Kosten der Parteieinheit. Tatsächlich kennt man die persönlichen Ansichten dieser Leute besser als die Vorstellungen der USP als solche.

Bei alledem liegt das Engagement der Bevölkerung weit hinter dem Engagement der Parteien zurück. Viele Oppositionsführer von heute waren vor noch nicht allzu langer Zeit noch aktive Mitglieder der damaligen kommunistischen USAP, und Wendehälse mag man auch in Ungarn nicht besonders. Dann hat die Opposition noch keine landesweit bekannte Persönlichkeiten vorzuweisen. Die Ausnahme ist Jozsef Antall, der Präsident des Demokratischen Forums, ein Vollblutpolitiker. Aber so oder anders: Die freien Wahlen verwirklichen den Sieg der Demokratie. ■

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 54. —
(Ausland sFr. 59. — /DM 70. —). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

6/90

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6